Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach

Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.11.2001 (GV NRW S. 811) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen – KAG – vom 21.10.1969 (GV NW S. 712 / SGV NW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1999 (GV NW S. 718) und der Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung) vom .12.2003 hat der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seiner Sitzung vom .12.2003 folgende Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach beschlossen:

§ 1 Gegenstand der Gebühr

Für die Inanspruchnahme der Friedhöfe und für die Leistungen der Stadt Bergisch Gladbach werden Gebühren nach dieser Satzung erhoben.

§ 2 Gebührensschuldner

- (1) Zur Zahlung der Gebühren ist neben dem Bestattungspflichtigen derjenige verpflichtet, der an Nutzungsrecht an Grabstätten erworben hat, die Bestattungseinrichtung benutzt oder Leistungen in Anspruch genommen hat.
- (2) Zur Zahlung der Gebühren ist ferner derjenige verpflichtet, der nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches die Bestattungskosten zu tragen hat.
- (3) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 3 Fälligkeit der Gebühr

- (1) Die Gebühren werden 30 Tage nach Zugang des Gebührenbescheides fällig. Im Falle des Wiedererwerbs eines Nutzungsrechtes an einer Wahl- oder Urnenwahlgrabstätte werden die Gebühren 30 Tage nach Beginn des Verlängerungszeitraumes fällig.
- (2) Bei Wahlgrabstätten mit mehreren Grabstellen ist die Gesamtgebühr bei Erwerb und Wiedererwerb des Nutzungsrechtes zu entrichten.

§ 4

Stundung, Niederschlagung und Erlaß der Gebühren

Für Stundung, Niederschlag und Erlaß der Gebühren gelten die Bestimmungen der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung.

§ 5

Höhe der Gebühren

1. Erwerb von Nutzungsrechten:

1.1.	An Wahlgrabstätten / Urnenwahlgrabstätten	
1.1.1.	Verleihung eines Nutzungsrechtes an einer Wahlgrabstätte	
1.1.1.1.	je Stelle im Erdgrab	1.554,00 €
1.1.1.2.	je Stelle in der Grabkammer	891,00 €
1.1.2.	Verleihung des Nutzungsrechtes an einer Urnenwahlgrabstätte	543,00 €
1.1.3.	Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Wahlgrabstätte:	
1.1.3.1.	Nach Ablauf der Ruhezeit ist die Gebühr ganz oder anteilig für den Zeitraum des Wiedererwerbs wie bei Gebührenziffer 1.1.1.1. bzw. 1.1.1.2. zu zahlen.	
1.1.3.2.	Während der Ruhezeiten ist für jedes Jahr, um das das Nutzungsrecht wiedererworben wird, 1/30 (bei abgeänderten Ruhezeiten der entsprechende Bruchteil) der Gebühr nach der Ziffer 1.1.1.1. bzw. 1.1.1.2. zu zahlen.	
1.1.4.	Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Urnenwahlgrabstätte:	
1.1.4.1.	Nach Ablauf der Ruhezeit ist die Gebühr ganz oder anteilig für den Zeitraum des Wiedererwerbs wie bei Gebührenziffer 1.1.2. zu zahlen.	

- 1.1.4.2. Während der Ruhezeiten ist für jedes Jahr, um das das Nutzungsrecht wiedererworben wird, 1/15 (bei abgeänderten Ruhezeiten der entsprechende Bruchteil) der Gebühr nach der Ziffer 1.1.2. zu zahlen.
- 1.1.5. Bei Rückgabe des Nutzungsrechtes an unbelegten Grabstätten sind für jedes noch nicht angefangene Jahr der verbleibenden Nutzungszeit 1/30 (bei geänderten Ruhezeiten der entsprechende Bruchteil) zu erstatten. Bei Rückgabe des Nutzungsrechtes an belegten Grabstätten nach Ablauf der Ruhezeit aller in der Grabstätte beigesetzten Verstorbenen sind für jedes noch nicht angefangene Jahr des verbleibenden Nutzungszeitraumes 1/30 (bei geänderten Ruhezeiten der entsprechende Bruchteil) der für den Nutzungszeitraum zu zahlenden Gebühr zu erstatten.
- 1.2. An Reihengrabstätten
- 1.2.1. Bereitstellung einer Reihengrabstätte für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr 559,00 €
- 1.2.2. Bereitstellung einer Reihengrabstätte für Verstorbene ab dem vollendeten 5. Lebensjahr
- 1.2.2.1. im Erdgrab 1.084,00 €
- 1.2.2.2. in der Grabkammer 675,00 €
- 1.2.3. Bereitstellung einer Urnen - Reihengrabstätte 356,00 €
- 1.2.4. Bereitstellung einer Grabstätte für eine Tot- oder Fehlgeburt mit einem Geburtsgewicht unter 1.000 g 20,00 €
- 1.2.5. Bereitstellung einer Grabstätte für eine Tot- oder Fehlgeburt mit einem Geburtsgewicht ab 1.000 g 25,00 €
- In den Fällen der Ziff. 1.2.4 und 1.2.5 ist auf die Erhebung der Gebühren für das Grab und die Grabbereitung zu verzichten, wenn die Eltern des verstorbenen Kindes den Nachweis des Anspruchs auf Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz erbringen.
- 1.3. Bereitstellung eines anonymen Urnengrabes 328,00 €
- 1.4. Beisetzung von Totenasche im Wurzelbereich 328,00 €

2. Bestattung (Grabbereitung):

2.1.	Für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	170,00 €
2.2.	Für Verstorbene ab dem vollendeten 5. Lebensjahr	
2.2.1.	Wahlgrabstätten	
2.2.1.1.	im Erdgrab	524,00 €
2.2.1.2.	in der Grabkammer	218,00 €
2.2.2.	Reihengrabstätten	
2.2.2.1.	im Erdgrab	358,00 €
2.2.2.2.	in der Grabkammer	218,00 €
2.2.3.	Urnengrabstätten	
2.2.3.1.	im Wahlgrab	123,00 €
2.2.3.2.	im Reihengrab	107,00 €
2.2.4.1	anonymes Urnengrab	99,00 €
2.2.4.2	Beisetzung von Totenasche im Wurzelbereich	99,00 €
2.2.5.	Tot- und Fehlgeburten	123,00 €

3. Benutzung der Leichenhalle:

3.1.	Für die Unterbringung einer Leiche pro Tag (Tag der Einlieferung und der Beerdigung gelten als ein Tag)	18,00 €
3.2.	Für die Trauerfeier	193,00 €

4. Ausbettung

4.1.	Verstorbene ab dem vollendeten 5. Lebensjahr	831,00 €
4.2.	bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	372,00 €
4.3.	Urnen	229,00 €

5. Steinmetzarbeiten

Die Gebühr für die Genehmigung zur Errichtung eines Grabmales, einer Grabeinfassung oder -abdeckung beträgt	27,00 €
--	---------

6. Sonderleistungen

Einsäen mit Rasen und nachfolgende Pflege eines Erd- oder Kammergrabes bis zum Ablauf der Ruhezeit je angefangenes Jahr 50,00 €

7. Grababräumungen einschl. Entsorgungspauschale

7.1.	Wahlgrab pauschal	337,00 €
7.2.	Reihengrab pauschal	226,00 €
7.3.	Urnengrab pauschal	65,00 €

Werden besondere Leistungen, die nicht in den Abschnitten 2 – 5 aufgeführt sind, erbracht, werden die tatsächlich entstandenen Kosten berechnet.

§ 6

- (1) Soweit diese Satzung natürliche Personen in einer bestimmten Funktion oder Eigenschaft bezeichnet, verstehen sich diese Bezeichnungen nicht als geschlechtsbestimmend, sondern als entweder in weiblicher oder männlicher Form geführt.
- (2) Diese Gebührensatzung tritt am 01.01.2004 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung vom 10.04.1992 außer Kraft.

HINWEIS:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NW beim Zustandekommen dieser Satzung ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren nicht durchgeführt wurde,
- b) die Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden ist,
- c) die Bürgermeisterin/der Bürgermeister den Ratsbeschluß vorher beanstandet hat oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel gegenüber der Gemeinde vorher gerügt ist und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet wurden, die den Mangel ergibt.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit im vollen Wortlaut öffentlich bekannt gemacht.

Bergisch Gladbach, den

Maria Theresia O p l a d e n
Bürgermeisterin